

## Einstellungen zur Demokratie

Soziale und wirtschaftliche Aspekte sind eng mit der Wahrnehmung von Politik, aber auch mit der Teilhabe an ihr verbunden. So betrachten Bürger soziale Gerechtigkeit zwar als zentrale Verpflichtung von Politik, an ihrer Einlösung durch die Politik hätten sie jedoch starke Zweifel. Nicht zuletzt deshalb würden sich Bürger mehr direkte Teilhabe an politischen Entscheidungen wünschen, um durch direkte Einflussnahme das Gefühl der Ohnmacht gegenüber politischen Entscheidungen zu bekämpfen.

Die verschiedenen Praxisbeispiele veranschaulichten jedoch das Dilemma einer zunehmenden Distanz zwischen Parteipolitik und unverbindlicheren Formen der Bürgerbeteiligung: Statt die Anliegen der Bürgerbewegung über Parteien in den demokratischen Willens- und Entscheidungsbildungsprozess einfließen zu lassen, nehmen sich viele Initiativen zunehmend als strukturell, finanziell, rechtlich und inhaltlich von staatlicher Seite diskriminiert und inkriminiert wahr. So wachse das Misstrauen zwischen den beiden Sphären.

## Handlungsempfehlungen:

- 1) Durch die engere Verzahnung von Staat und Zivilgesellschaft kann wieder mehr Vertrauen in demokratische Entscheidungen hergestellt werden.
  - a) Dazu ist es notwendig, mehr Leute an den Entscheidungen zu beteiligen, indem neue Kooperationsstrukturen zwischen Staat und Zivilgesellschaft geschaffen werden.
  - b) Ein höheres Maß an Transparenz über Teilhabeverfahren muss gesichert werden. Um Politik wieder als Aushandlungsprozess von Interessen mit demokratischen Mitteln darzustellen, müsse das Transparenzgebot in allen Bereichen, so auch im Fall von Bürgerinitiativen, durchgesetzt werden. So könnten Politiker die Möglichkeit wahrnehmen, durch ihren Einsatz für das Gemeinwohl ihr Engagement für soziale Anliegen und Bedürfnisse glaubhaft unter Beweis zu stellen. Inhaltlich müssen Politiker Fragen des Gemeinwohls und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit konzentrieren, um glaubhaft in den Augen der Bürger für die Verwirklichung demokratischer Werte einzustehen.
- 2) Sozial und rechtlich benachteiligte Personen müssen speziell berücksichtigt und integriert werden. An der gesetzlichen Flankierung zur Schaffung wahrhaft kooperativer Strukturen müsse entsprechend gearbeitet werden.